

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/194

Bonn, den 10. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	<u>Kein verbaler Radikalismus</u> Die aktuelle deutsche Europapolitik hat wenig Spielraum Von Dr. Hans Apel, MdB	78
3	<u>Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand</u> Die Diskussion darüber gewinnt an Breite und Tiefe	48
4 - 5	<u>Gemeinschaftshäuser für 1,6 Millionen Menschen</u> In Hessen: 540 Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser in Betrieb Heinrich Schneider, hessischer Innenminister	94
6	<u>Besuch in Skoplje</u> Hindernis für Moskaus Pläne Von Hans Peter Rallmann, Belgrad	51

*

*

*

Kein verbaler Radikalismus

Die aktuelle deutsche Europapolitik hat wenig Spielraum

Von Dr. Hans Apel, MdB

Eine ehrliche Bestandsaufnahme der europäischen Integration im Rahmen der EWG muß von folgenden Tatbeständen ausgehen:

1. Die EWG ist bisher ein Erfolg gewesen. Schneller als geplant, konnte die Zollunion verwirklicht werden. Sie hat zu einer unerhörten Steigerung des Handels zwischen den Mitgliedsländern geführt. Der EWG-Handel hat für viele deutsche Unternehmen eine lebenswichtige Bedeutung bekommen. Die EWG war bereits während ihres Aufbaus in der Lage, in der Kennedyrunde weltweite, bedeutende Zollsenkungen auszuhandeln. Heute kann kein Mitgliedsland der EWG daran denken, die Gemeinschaft zu gefährden, will es nicht gleichzeitig beträchtliche Gefahren für seine eigene Wirtschaft heraufbeschwören.
2. Die EWG ist seit einiger Zeit in beträchtlichen Verzug bei der Entwicklung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik gekommen. Es ist zu einfach, dafür den französischen Gaullismus allein verantwortlich zu machen. Nationaler Egoismus tritt uns vielfältig entgegen. Er wird nur hinter dem die Szene beherrschenden Gaullismus weniger sichtbar. Auch wenn es keinen Gaullismus gäbe, wäre die EWG heute nicht ohne ihre Existenz gefährdende Krisen.
3. Es ist immer schwieriger geworden, wirtschaftspolitische Einigung zwischen den EWG-Ländern zu finden, ohne die ihnen zugrundeliegenden politischen Konzeptionen zu einigen. Von der Steuerpolitik bis zur Außenhandelspolitik bestehen handfeste Verbindungen zur nationalen Innen- und Außenpolitik. - Es ist in absehbarer Zeit nicht denkbar, die Innen-, Verteidigungs- und Außenpolitik der EWG-Länder institutionell nach dem Schema der Gemeinschaft supranational mit qualifizierten Mehrheitsbeschlüssen zu einigen. Das muß aber auch unübersehbare Konsequenzen für die Fortschritte in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft haben und uns veranlassen, die bisherigen Prozeduren neu zu überdenken.
4. Die bisher in Brüssel gefaßten Beschlüsse sind nur zum Teil Beweis dafür, daß Supranationalität zu ökonomisch vertretbaren Ergebnissen führt. Insbesondere im Bereich der Agrarpolitik wird das deutlich. Die Gemeinschaft ist hier in eine Sackgasse gerannt, aus der sie nur dann mit einem blauen Auge herauskommt, wenn sie stärker als bisher berechnigte nationale Interessen, vor allem bei der Alimentierung der Fonds, berücksichtigt.

Aus diesen Tatbeständen ergibt sich aber, daß vor jedem verbalen

Radikalismus in der Reaktion auf den de Gaulle Besuch in Bonn gewarnt werden muß. Er kann uns nicht sehr weit bringen und beeindruckt die französische Außenpolitik nur wenig, da sie ebenso wie wir um die realen Gegebenheiten der Europapolitik weiß. Hinzu kommt, daß auch die besten supranationalen Institutionen die realen Machtunterschiede zwischen den Mitgliedsländern nicht wegwischen können. Wir Deutschen sollten daran auch gar kein Interesse haben.

Das echte Ärgernis unserer Europapolitik besteht seit längerem darin, daß die französische Politik einer wachsenden westeuropäischen Solidarität auf dem Wege zur Integration im Wege steht. Sie gefährdet damit ein mögliches schnelleres Wirtschaftswachstum in Westeuropa und erschwert einen eigenständigen westeuropäischen Beitrag zu einer Friedensordnung für unseren Kontinent. Die Ereignisse in der CSSR haben einige wesentliche Prämissen der französischen Europapolitik infrage gestellt. Dennoch ist unser Versuch, mit der französischen Europapolitik fertig zu werden, älter als zwei Monate. Die Problemstellung hat sich zwar akzentuiert, nicht aber im Grundsatz verändert.

Willy Brandt hat bereits vor den CSSR-Ereignissen Übergangslösungen für Großbritannien und andere beitrittswillige Staaten gesucht. Er hat diese Bemühungen verstärkt, nicht in der Stoßrichtung verändert, und deutlich gemacht, daß es auch möglich sein muß, neben der EWG und für Frankreich offensiehend, Übereinkünfte mit England zu finden. Es gilt hier Willy Brandts Aussage "keine Feigheit vor den Freunden".

Es bieten sich für derartige Arrangements nicht allzu viel Möglichkeiten, da der weite Bereich der Zoll- und Handelspolitik in Brüssel festliegt. Es ist denkbar, im Bereich der Technologie, der Entwicklungshilfe, der Währungs politik eng zusammenzurücken. Es bestehen aber für diese Bereiche bereits mehr oder minder wirksame europäische und internationale Organisationen.

Es bleibt vor allem der ständige politische Druck auf Frankreich - dazu eignet sich bedingt auch die Erneuerung der Agrarfinanzierung und der Entwicklungshilfe für die assoziierten afrikanischen Ländern im nächsten Jahr - einer Erweiterung der EWG zuzustimmen. Geduld und Hartnäckigkeit, illusionslos in der Einschätzung der Lage sind eine wesentliche Voraussetzung für jeden Erfolg in der Europapolitik. Mit schnellen Erfolgen ist dennoch nicht zu rechnen.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Die Diskussion darüber gewinnt an Breite und Tiefe

sp - Die Fülle der Vorschläge, wie man dem Arbeitnehmer an der Vermögensbildung beteiligen könnte, ist nicht mehr zu übersehen. Es gibt kaum mehr Gegner einer gerechteren Vermögensbildung, zumindest treten sie nicht offen in Erscheinung. Alle sehen die gesellschaftspolitische Notwendigkeit; hier Neuland zu beschreiten oder schon bestehende Ansätze einer Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögens- und Eigentumsentwicklung kräftig weiter zu fördern. Niemand denkt dabei daran, das bestehende Eigentum und Vermögen anzutasten; das wäre ein Einschnitt, den unsere Gesellschaft nicht ohne große Erschütterungen ihres inneren Gefüges hinnehmen würde. Etwas anderes ist es, diejenigen, die Reichtum produzieren und das Wachstum der Wirtschaft ermöglichen, am Reichtum und Wachstum teilnehmen zu lassen. Auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zeigt sich diesem Gedanken aufgeschlossen, auch sie hat in dieser Richtung beachtliche Vorschläge entwickelt und sie ist bereit, hier mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten - ein Angebot, das noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar gewesen wäre.

Die einseitige Vermögens- und Eigentumsentwicklung in der Bundesrepublik hat schon vor Jahren die Kirchen beider Konfessionen auf den Plan gerufen. Ihre Ansichten sind in verschiedenen Denkschriften und Untersuchungen enthalten. In ihrer Grundtendenz zeigen sie die Gefahren für das Weiterbestehen unserer freiheitlichen, auf Partnerschaft beruhenden Gesellschaftsordnung auf, die durch eine einseitige und damit ungerechte Vermögensbildung heraufbeschworen werden. In der Bundesrepublik besitzt etwa ein Sechstel der Bevölkerung drei Viertel allen privaten Vermögens und privaten Eigentums. Das ist ein gravierender, für den Zustand der Gesellschaft, in der wir leben, bezeichnender und beunruhigender Tatbestand. Ihn durch Nichtstun zu konservieren, hieße, früher oder später einer revolutionären Entwicklung Tür und Tor zu öffnen. Die Kommunisten aller totalitären Spielarten warten darauf.

Das braucht und wird nicht geschehen. Allenthalben regen sich die Kräfte, das Privileg der Besitzenden, wie es Georg Leber in seinem Fernsehgespräch ausdrückte, zu entprivilegieren und Eigentum und Vermögen, das durch die Arbeit aller in der Wirtschaft neu entsteht, auch jenen Menschen zuzuführen, die jetzt nichts oder nicht viel haben. Dies entspricht den Notwendigkeiten unserer Zeit und dem tiefen Bedürfnis des arbeitenden Menschen, sein Dasein in Freiheit gesichert zu wissen, soweit Sicherheit zu geben im menschlichen Können liegt.

Die Diskussion darüber ist in unserer Volke in vollem Gange, sie gewinnt an Breite und Tiefe. Dieser hochbedeutsame Prozeß einer gesellschaftspolitischen Bewußtseinsbildung, orientiert an dem Möglichen und Notwendigen, läßt sich nicht mehr aufhalten. Er schließt auch die Diskussion über eine erweiterte und qualifizierte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großbetrieben ein, von der die Arbeitgeberverbände zunächst freilich nichts wissen wollen. Auf lange Sicht gesehen stehen sie hier auf einem nicht zu verteidigenden Boden.

+ + +

Gemeinschaftshäuser für 1,6 Millionen Menschen

In Hessen: 540 Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser in Betrieb

Heinrich Schneider, hessischer Innenminister

Ein vielbeachtetes Teilstück hessischer Landespolitik ist seit Jahren das Programm zum Bau von Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäusern. Hessens Gemeinschaftshausprogramm, das 1952 ins Leben gerufen wurde, hat inzwischen so bedeutende Fortschritte gemacht, daß in Kürze die stattliche Zahl von 540 fertiggestellten Gemeinschaftszentren erreicht sein wird. Dies bedeutet nicht nur, daß dann jede fünfte der 2 700 hessischen Städte und Dörfer über ein eigenes Gemeinschaftshaus verfügt, sondern auch, daß insgesamt 1,6 Millionen Menschen von den in diesem Programm geschaffenen Einrichtungen profitieren können.

Besonders hoch ist der mit den errichteten Bürgerhäusern erzielte Versorgungsgrad. In den 260 Gemeinden Hessens mit mehr als 3 000 Einwohner werden demnächst 90 Bürgerhäuser in Betrieb sein. Somit kann nahezu jeder dritte hessische Ort in dieser Größenordnung in nächster Zeit ein Bürgerhaus sein eigen nennen.

Gesamtbauposten: 300 Millionen DM

Seit das Land Hessen mit dem Gemeinschaftshausprogramm begonnen hat, wurde dafür die beachtliche Summe von mehr als 140 Millionen DM an nicht rückzahlbaren Beihilfen aus dem Landeshaushalt aufgebracht. Rund 300 Millionen DM steuerten die Kreise und 110 Millionen DM die Gemeinden bei. Die Gesamtbauposten belaufen sich auf rund 300 Millionen DM.

In den 16 Jahren seines Bestehens hat das hessische Gemeinschaftshausprogramm nichts von seiner Anziehungskraft eingebüßt. Trotz der eindrucksvollen Bilanz, die das Programm aufweisen kann, liegen der Landesregierung zur Zeit noch 445 Beihilfeanträge vor. Diese umfangreiche Wunschliste macht eine langfristige und nach Dringlichkeiten abgestufte Förderung notwendig.

Um die zahlreichen Wünsche der hessischen Städte und Dörfer schrittweise zu erfüllen, wurde ein Prioritätenkatalog bis zum Jahre 1970 aufgestellt. Danach sollen in den nächsten beiden Jahren weitere 80 Projekte vom Land mitfinanziert werden. Diese Zielvorstellung entspricht dem großen Hessenplan, der eine jährliche Förderung von etwa 50 Gemeinschaftshäusern vorsieht.

Veränderte Schwerpunkte

Wenn sich auch der Bau von Bürger- und Dorfgemeinschaftshäusern einer ungeschwächerten Beliebtheit erfreut, so ist doch die Entwicklung seit 1952 nicht ohne Einfluß auf Raumprogramm und Ausstattung der Gemeinschaftshäuser geblieben. Zu Beginn der Förderung standen vor allem arbeitserleichternde Anlagen für die Landbevölkerung im Vordergrund. Heute liegt der Schwerpunkt ganz wesentlich bei Einrichtungen, die kulturellen, sozialen aber auch geselligen Zwecken

dienen. In den Gemeinden wächst mehr und mehr das Bedürfnis nach Einrichtungen für die Erwachsenenbildung, die Jugendpflege, die Vereinstätigkeit; die Freizeiterfüllung, gesundheitliche Betreuung und nicht zuletzt für Spiel und Sport.

Besonders häufig werden Volksbüchereien, große Säle, Mehrzweckräume, Kindergärten sowie Räume für Gemeindepflegestation oder auch für die Gemeindeverwaltung in das Raumprogramm aufgenommen. Großer Beliebtheit erfreuen sich seit kurzem auch Kegelbahnen. Es hat sich herausgestellt, daß mit dem Erlös, den eine Kegelbahn einbringt, ein beachtlicher Teil der Unterhaltungskosten für ein Gemeinschaftshaus bestritten werden kann.

Umbau von Dorfschulen

Eine neue Komponente erhielt das Gemeinschaftshausprogramm durch das Freiwerden zahlreicher Dorfschulen im Zuge der Landschulreform und mit dem Bau von Mittelpunktschulen. Viele Gemeinden lassen sich die Gelegenheit nicht entgehen, leerstehende Schulgebäude zu Dorfgemeinschaftshäusern umzubauen. Etwa 30 Dörfer haben bisher auf diese Weise zu relativ günstigen finanziellen Bedingungen ein Gemeindezentrum erhalten.

Um den Städten und Dörfern Hessens weitere Einsparungsmöglichkeiten zu bieten, wird derzeit geprüft, ob Gemeinschaftshäuser auch aus vorgefertigten Bauteilen errichtet werden können. Hier gilt es vor allem, den angestrebten wirtschaftlichen Effekt in Einklang mit den individuellen Wünschen der Gemeinden und den örtlichen Verhältnissen zu bringen. Erste Untersuchungen brachten bereits günstige Ergebnisse.

Gemeinschaftseinrichtungen werden intensiv genutzt

Um sich über die Ernsthaftigkeit der hin und wieder vorgetragenen Kritik, die Gemeinschaftshäuser würden von der Bevölkerung nicht ausreichend genutzt, Klarheit zu verschaffen, hat die Landesregierung in mehr als 250 Gemeinden Untersuchungen angestellt. Dabei wurde in allen Berichten bestätigt, daß sich die Gemeinschaftseinrichtungen bei den mannigfaltigsten Anlässen eines regen Zuspruchs erfreuen. Sie dienen mehr und mehr auch als Konferenz- und Tagungsstätten für überörtliche Veranstaltungen.

So schreibt ein Landrat: "Die Gemeinschaftshäuser sind aus dem Leben der Gemeinden unseres Kreises nicht mehr wegzudenken. Das Vereinsleben, die kulturelle und sportliche Betätigung haben neuen Auftrieb erhalten. Darüber hinaus werden die Gemeinschaftshäuser auch für überörtliche Veranstaltungen, wie Alternachmittage, die Ehrung verdienter Sportler und Jugendtreffen, genutzt".

Der Vereinsamung der Menschen entgegenwirken

Aus all dem geht hervor: Der Gedanke des hessischen Gemeinschaftshausprogramms, den Menschen auf dem flachen Land und auch in den Städten eine Stätte der Begegnung und des mitmenschlichen Kontakts zu schaffen, ist heute wie morgen ein wichtiges Anliegen. Wenn es auch nicht Aufgabe des Staates sein kann, über die Freizeit seiner Bürger zu bestimmen, so liegt es doch in seiner Verantwortung, für Einrichtungen zu sorgen, die dem Menschen bei seiner Freizeiterfüllung helfen und Anregungen geben können. Gemeinschaftshäuser müssen schließlich auch als ein wichtiger Beitrag verstanden werden, der zunehmenden Vereinsamung der Menschen entgegenzuwirken.

Besuch in Skoplje

Hindernis für Moskaus Pläne

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Skoplje, die Hauptstadt der Sozialistischen Republik Mazedoniens im südlichsten Teil Jugoslawiens, empfängt den Besucher mit dem Gesicht eines von jähem Unheil befallenen Kindes. Die Spuren des verheerenden Erdbebens von 1963 - von wild wucherndem Gras überwachsene Trümmerflächen, die stillstehende Uhr am halb eingefallenen Bahnhof und die langen Reihen geschenkter Wohn- und Verwaltungs-Baracken aus aller Welt stehen wie Symbole für das Unheil, unter dem die mazedonische Landschaft und ihre Bevölkerung immer gestanden haben.

Mazedonien ist arm und geschlagen, aber nicht verloren - wenigstens dann nicht, wenn es seine Nachbarn nicht wollen.

Mazedonien ist ein kleines Land und wird von vier Völkern umringt - den Serben, deren Könige einst hier residierten und mit denen man nun in einem gemeinsamen Staatsverband, dem jugoslawischen, lebt, den Bulgaren, die sich in mehreren Kriegen um diese Landschaft mit dem Wardar-Fluß im Herzen bemühten, immer verloren, aber nie vergessen konnten, daß sie ohne Mazedonien, Ursprung ihrer Kultur, nichts oder bestenfalls ein Turkvolk wären, den Albanern, deren Volk sich über die scharf bewachte Grenze hinaus bis eben nach Mazedonien erstreckt hat, und den Griechen, die die auf ihrem Territorium lebenden Mazedonier nicht als solche anerkennen wollen. Gerade in diesen Tagen, in denen Hubschrauber und Flugzeuge der Jugoslawischen Volksarmee über den mazedonischen Dörfern donnern, stellt sich für die Bewohner dieses Landes wieder die alte Frage, ob der Friede hier anhalten wird. Lautstark ertönt in der bulgarischen Presse der alte bulgarische Wunsch nach Annexion der Kulturwiege des bulgarischen Volkes, und wenn man sich zudem noch daran erinnert, daß Mazedonien, das Tal des Wardarflusses, die einzige Verbindung ist, über die Bulgarien beziehungsweise die Sowjetunion das eigenwillige Albanien auch vom Landwege her anfallen könnte, wächst das Mißtrauen in die Dauer des Friedens.

Doch Jugoslawien, dessen Teil Mazedonien ist, ist nicht gewillt, einen solchen Durchlaß kommunistischer Truppeneinheiten aus Bulgarien und möglicherweise der Sowjetunion zu gewähren - nicht nur die eigene Souveränität wäre dann gefährdet, sondern die strategische Lage noch verschlimmert.

Albanien, das seinen einzigen Verbündeten weit weg, in China, hat, befindet sich schon heute in äußerster Gefahr: Von Griechenland her, das den albanischen Nord-Epirus verlangt, und von der Adria her, in deren Gewässern zeitweilig bis zu fünfzig sowjetische schwimmende Einheiten dümpeln, die jederzeit amphibische Operationen entlang der kurzen albanischen Küste durchführen könnten und sich auf diese Weise zum Beispiel den schon einmal innegehaltenen U-Boot-Stützpunkt Vlore zurückerobern würden, der nicht nur Albanien, sondern auch Jugoslawien von den Weltmeeren abschneiden könnte.

Es gibt also neuerdings eine Interessengemeinschaft zwischen Jugoslawien und Albanien, und wenn man der bulgarischen Presse glauben soll, auch eine solche zwischen Athen und Tirana. Ein neuer kleiner Balkanblock ist in Sicht - eine stillschweigend akzeptierte Arbeitsgemeinschaft zwischen Griechenland, Albanien und Jugoslawien, an der sowohl Peking als auch die NATO erhebliches Interesse hat.

Dieses neue Bild ist nur eine der Konsequenzen des sowjetischen Angriffs auf die kommunistische, aber souveräne CSSR.